

2640/J XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Oberhaidinger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend die Neustrukturierung der Österreichischen Stromwirtschaft

Mit der Neustrukturierung des Stromsektors sind weitreichende Veränderungen in Kernbereichen verbunden, nämlich den Eigentumsverhältnissen, der Strategie und - in der Folge - den Marktchancen. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, beteiligen sich ausländische Stromproduzenten zunehmend an österreichischen Stromversorgern, womit die Chancen für eine gesamtösterreichische Stromlösung geringer werden.

Dessen ungeachtet und auch ungeachtet der beträchtlichen Relevanz dieses Themas ist die Regierung bisher weitgehend untätig geblieben. Selbst in ihrem Regierungsprogramm beschränken sich die diesbezüglichen Aussagen im Wesentlichen auf das Ziel, die Verfassungsbestimmung zur Limitierung der Anteilsverkäufe in der E - Wirtschaft aufzuheben. Weiters so die Koalitionspartner in ihrem Regierungsprogramm - sei „eine vollkommene Marktöffnung bei Strom und Gas und, damit verbunden, Wahlfreiheit für Haushalte und Betriebe“ anvisiert. Gleichzeitig räumten sie ein, dass bisherige Liberalisierungsschritte v.a. Großunternehmen Preisvorteile gebracht hätten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Österreich produziert 2,4% des EU - Stroms und ist damit im internationalen Maßstab ein kleiner Energieproduzent. Umso dringlicher ist deshalb eine innerösterreichische Stromlösung. Die Regierung wirft der SPÖ zwar mangelnde Gesprächsbereitschaft vor, hat gleichzeitig jedoch noch kein entsprechendes Konzept als Grundvoraussetzung für Gespräche vorgelegt. Hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit mittlerweile ein Konzept für eine österreichische Stromlösung ausgearbeitet?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, warum ist es bisher noch nicht präsentiert worden und was sind die Inhalte?

4. In einer Umfrage haben sich zwei Drittel der ÖsterreicherInnen gegen einen Ausverkauf der österreichischen Energiewirtschaft ausgesprochen. Hat Ihr Ressort Maßnahmen ergriffen, um den Ausverkauf der österreichischen Energiewirtschaft zu verhindern?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wenn ja, welche?
7. In der Aktuellen Stunde im Nationalrat vom 6. Juni d.J. haben Sie als wesentlichste Zukunftsstrategien für die österreichische Stromwirtschaft zum einen die Stärkung der österreichischen Wasserkraft und zum anderen die Schaffung einer österreichischen Wasserkraftgesellschaft erklärt. Liegen konkrete Pläne zur Stärkung der österreichischen Wasserkraft von Seiten des BMWA vor?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wenn ja, welche?
10. Die SPÖ tritt für die Schaffung eines starken Wasserkraftkonzerns ein (Austrian Hydro Power AG), weil damit das Wasserkraftangebot gepoolt werden könnte, und darüber hinaus dieser Konzern den Bedarf seiner Mitglieder an österreichischem Wasserkraftstrom durch Langfristverträge zu günstigen Konditionen decken könnte. Hat Ihr Ressort zu diesem wichtigen Bereich ein Konzept anzubieten?
11. Wenn ja, welches?
12. Die SPÖ tritt vehement für die Gründung einer österreichischen Übertragungs - Netzgesellschaft ein, mit der das natürliche Monopol im Übertragungsnetz innerhalb des Wettbewerbs neutral gestellt wird. In der bereits genannten Aktuellen Stunde haben Sie erklärt, die Errichtung einer solchen Gesellschaft sei ebenso wichtig für Österreichs Stromwirtschaft wie die Stärkung der Wasserwirtschaft. Welche Ziele bzw. konkreten Vorhaben hat das BMWA für das Übertragungsnetz?
13. Ist - wie von Ihnen versprochen - an die Landesversorger und die anderen Netzbetreiber die Einladung ergangen, sich an der Austrian Power Grid zu beteiligen?
14. Wenn nein, warum nicht?
15. Im Regierungsprogramm haben ÖVP und FPÖ die „Förderung der Clusterbildung im Energiebereich zur Vernetzung von Infrastruktur, Produktion, Wissen und Dienstleistungen“ angekündigt. Die SPÖ fordert die Schaffung einer österreichischen Energieholding mit dem Ziel, die öffentlichen Interessen des Stromsektors zu wahren und allen Gebietskörperschaften ausreichende Mitsprache zu sichern. Mit der Realisierung dieses SPÖ - Vorschlages, könnte eine effiziente Verknüpfung der gesamten österreichischen Stromwirtschaft erzielt werden. Wurden im BMWA bezüglich des oben genannten Regierungsvorhabens bereits Umsetzungsstrategien entwickelt?
16. Wenn nein, warum nicht?

17. Wenn ja, welche?
18. Um die Überkreuzbeteiligungen mit ihrer blockierenden Wirkung in der Energiewirtschaft aufzulösen und die Autonomie der österreichischen Stromwirtschaft auf Jahrzehnte sicherzustellen, schlägt die SPÖ die Gründung einer Finanzholding vor. In dieser sollen die beiden Syndikate „Energieallianz“ und "Energie Austria“ Anteile einbringen. Damit würde einerseits die gesamte österreichische Stromwirtschaft (mit Ausnahme von Vorarlberg) verknüpft. Andererseits könnte ein äußerst kosteneffizienter sowie kartellrechtlich unangreifbarer Betriebsapparat geschaffen werden, mit dem die österreichische Stromwirtschaft ausreichende Schlagkraft im zukünftigen europaweiten Wettbewerb erlangt. Mit welchen Instrumenten wollen Sie die Überkreuzbeteiligungen in der Energiewirtschaft auflösen?
19. Mit welchen Mitteln kann aus Ihrer Sicht die langfristige Autonomie der österreichischen Stromwirtschaft gesichert werden?
20. Wie sehen hierbei Ihre Umsetzungstrategien aus?